

### **NEWSLETTER APRIL 2023**

#### **BERND RÜTZEL**

### Mitglied des **Deutschen Bundestages**

Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Soziales

Wahlkreis: Main-Spessart/Miltenberg Betreuungswahlkreis: Aschaffenburg

#### WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstraße 13 97737 Gemünden Tel. 09351 6036563 Fax 09351 6058298 bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

#### **BÜRO BERLIN**

**Deutscher Bundestag** Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel. 030 227 73434 Fax 030 227 76433 bernd.ruetzel@bundestag.de

### MIT NUR EINEM KLICK:







### LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Bald ist Ostern. Viele freuen sich, einen kleinen Urlaub zu machen oder einfach nur mit dem Rad erste Ausfahrten mit warmen Sonnenstrahlen im Rücken zu unternehmen.

Aber unbeschwert wird auch diese Osterzeit nicht für jeden. Ich war in Dorfprozelten bei den vielen Kolleginnen und Kollegen, die dort bei Magna arbeiten. Manche schon seit Jahrzehnten. Die Konzernleitung gab bekannt, dass Ende 2025 im Werk in Dorfprozelten die Lichter ausgehen und 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren. IG Metall und der Betriebsrat stellen sich gegen diese Pläne und wissen die Belegschaft hinter sich. Auch ich unterstütze Gewerkschaft und Belegschaft, schließlich haben die Kolleginnen und Kollegen seit zwei Jahren auf Lohnteile verzichtet, um ihre Jobs zu sichern. Ich war nicht nur vor Ort in Dorfprozelten, sondern werde mich auch weiter kümmern. Versprochen.

Für den Fall der Fälle brauchen wir aber das Arbeit-von-Morgen-Gesetz und das Weiterbildungsgesetz. Beides haben wir im Ausschuss Arbeit und Soziales bereits auf den Weg gebracht. Ziel ist es, neue, gute und tarifvertraglich abgesicherte Jobs durch Qualifizierung und Transfergesellschaften zu bekommen.

Auch ansonsten war wieder viel los.





Mit Vanessa Ahuja bei **WAREMA und WIRL** 



Meine Reden im **Deutschen Bundestag** 



Bei der Deutschen Rentenversicherung



Mit der MSP-SPD im Bezirkskrankenhaus Lohr



### **KLARTEXT**

### **NEUE WEGE — ERWERBSMIGRATION**



Im ganzen Land fehlen Arbeitskräfte. Wir alle merken das fast täglich – an der Fleischtheke, bei den Handwerkern, in der Projektplanung oder in der Pflege. Die Zahl der offenen Stellen

war im vierten Quartal 2022 mit rund 1,98 Millionen auf dem höchsten je gemessenen Wert.

Gemeinsam mit den jeweils zuständigen Kabinettskolleginnen und -kollegen ergreift Hubertus Heil verschiedene Maßnahmen, um national und international Menschen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Eine Facette ist dabei die Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, die das Bundeskabinett in dieser Woche beschlossen und damit das Startsignal für
das Gesetzgebungsverfahren gegeben hat. Wir werden dafür sorgen, dass die Fachkräfte ins Land kommen, die unsere Wirtschaft dringend braucht. Aus
meinen Gesprächen mit dem Mittelstand und dem
Handwerk weiß ich, dass der Bedarf riesig ist.

Die Einwanderung von Arbeitskräften wird auf drei Säulen ruhen: Die Fachkräftesäule bleibt das zentrale Element. Mit der Erfahrungssäule ermöglichen wir Menschen, die mindestens zwei Jahre Berufserfahrung und einen in ihrem Herkunftsland anerkannten Berufsabschluss haben, bei uns zu arbeiten. Kern der Potenzialsäule ist die Einführung einer Chancenkarte zur Arbeitssuche. Sie wird auf einem transparenten und unbürokratischen Punktesystem basieren.

Wir müssen im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen. Die gesetzlichen Voraussetzungen werden jetzt geschaffen. An der gesellschaftlichen Akzeptanz müssen wir noch arbeiten, um unsere Attraktivität auf dem internationalen Arbeitsmarkt zu erhöhen. Der Erfolg der Reform wird – wie immer – von der Umsetzung vor Ort abhängen. Gesellschaft und Wirtschaft sind der Gesetzgebung schon lange viele Schritte voraus. Das haben mir die vielen Anfragen zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt.



## POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE

### **DIE E-AKTE: BISHER & KÜNFTIG**

- Seit 2021 können Gesetzlich Versicherte eine elektronische Patientenakte erhalten. Freiwillig. Die Versicherten entscheiden, ob und wie sie die Akte nutzen. Derzeit nutzen dies weniger als ein Prozent.
- Niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser müssen mit der Technik ausgestattet sein, um die elektronische Patientenakte zu nutzen und zu befüllen.
- E-Akten können im Notfall lebensentscheidend sein, etwa wenn Ärzte in der Notaufnahme einfach digital auf die Krankengeschichte (Befunde, Röntgenbilder, Medikamentenliste) zugreifen können.
- Karl Lauterbach will, dass bis 2025 für alle gesetzlich Versicherten digitale Akten eingerichtet werden. Es sei denn, man lehnt das ab.





## VOR 90 JAHREN

### **DIE REDE VON OTTO WELS**

Vor 90 Jahren, am 23. März 1933, sprach Otto Wels als Fraktionsvorsitzender der SPD in der letzten freien Reichstagssitzung gegen das nationalsozialistische Ermächtigungsgesetz.

# »Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.«

Das berühmte Zitat von Otto Wels waren die letzten freien Worte eines Abgeordneten der Weimarer Republik, kurz bevor das Parlament sich unter massivem Druck der Nationalsozialisten selbst auflöste – und mit ihr die Republik. Trotz Einschüchterung schwerbewaffneter SA- und SS-Mitglieder, die sich im Saal an den Ausgängen positioniert hatten, hatte die SPD

als einzige Reichstagsfraktion gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz gestimmt. Eigentlich hätten zu den 96 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion noch 26 weitere dazukommen können. Doch ein Teil ihrer Mitglieder war bereits verhaftet oder geflohen. Noch härter traf es die KPD: Die gesamte Fraktion – 81 Abgeordnete – war verhaftet worden, sofern sich die Abgeordneten nicht durch Flucht oder Untertauchen der Verhaftung entziehen konnten.

Dieses markierte einen traurigen Höhepunkt des lange vorher eingesetzten Erosionsprozesses demokratischer Werte und Institutionen.

Das Zitat steht allerdings auch für die Wachsamkeit und den mutigen Widerstand, den es braucht, um sich antidemokratischen und menschenfeindlichen Akteuren von rechts zu stellen.

Rassistische und antisemitische Übergriffe im Alltag vieler Mitbürger bis hin zu rechtsextremen, terroristischen Attentaten erschüttern Deutschland auch heute. Sie zeigen eine Kontinuität rechter Gewalt und Akteure in Deutschland. Ihnen gilt es sich gemeinsam entgegen zu stellen. Deutlich wird auch: Nichts ist selbstverständlich. Und für alles, was nicht selbstverständlich ist, gilt: Um es zu bewahren, müssen wir es stärken.

»Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. «





### **BUNDESTAG**

### **ENDLICH WIRD ER VERKLEINERT**

736 Abgeordnete hat der Deutsche Bundestag in dieser Legislaturperiode. Überhang- und Ausgleichsmandate haben zu dieser Größe geführt. Modellrechnungen kennen Szenarien mit über 900 Abgeordneten. Die Reform wurde seit langem gefordert, scheiterte aber in vergangenen Legislaturperioden immer wieder an der CDU/CSU.

#### Regelgröße von 630 Sitzen

Künftig wird die Regelgröße des Bundestages 630 Sitze betragen. Es wird keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr geben. Es bleibt bei 299 Wahlkreisen, dazu kommen 331 Listenplätze. Damit wird sichergestellt, dass mehr direkt gewählte Kandidierende ins Parlament einziehen können und weniger Wahlkreise unbesetzt bleiben – denn durch die dauerhafte Verkleinerung des Bundestags kann es nun passieren, dass manch ein Wahlkreissieger nicht in den Bundestag ziehen kann.

#### Keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr

Nach dem bisherigen Wahlrecht entstehen Überhangmandate, wenn eine Partei in einem Land mehr Wahlkreismandate gewinnt, als die Partei nach Zweitstimmen Sitze für dieses Land errungen hat. Das Entstehen von Überhang- und Ausgleichsmandanten wird zukünftig ausgeschlossen. Hierzu wird der vom Bundesverfassungsgericht anerkannte Grundcharakter der Bundestagswahl als Verhältniswahl konsequent weitergeführt.

Allein die mit der Zweitstimme gewählten Landeslisten der Parteien sind für das Kräfteverhältnis der Parteien im Parlament ausschlaggebend.

Damit dieses Kräfteverhältnis nicht mehr durch Überhangmandate verfälscht und durch Ausgleichsmandate wiederhergestellt werden muss, werden zukünftig nur noch die Sitze vergeben, die durch die Parteien nach ihrem Zweitstimmenergebnis errungen wurden.

#### Grundmandatsklausel fällt weg

Die Grundmandatsklausel besagte, dass Parteien, die die 5-Prozent-Hürde nicht erreichen, bei drei gewonnenen Direktmandaten trotzdem in den Bundestag einziehen. Die Sachverständigen haben dies in der Anhörung zur Reform als systemwidrig kritisiert. Sie stelle einen Systembruch dar, da sie den falschen Eindruck einer Personenwahl vermittelt, obwohl die Bundestagswahl eine Verhältniswahl ist.

Die Lösung der Ampel ist daher klar und einfach: Fünf-Prozent-Hürde für alle Listen und Parteien mit Ausnahme von Einzelbewerbern, die im Wahlkreis ohne Parteibindung erfolgreich sind, um das Gesetz "verfassungsfest" zu machen. Das neue Wahlrecht ist somit einfacher und gerechter: Es betrifft im Ergebnis alle Fraktionen gleichermaßen. Das war nur möglich, weil die Koalitionsfraktionen nicht auf den eigenen Vorteil geschaut haben – sondern darauf, was für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und für die Parteien gerecht ist.





### **VOR ORT**

### **BEI WAREMA UND WIRL**

Gemeinsam mit dem Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, Vanessa Ahuja, ging es für mich zu zwei wichtigen Betriebsbesichtigungen in meinem Wahlkreis.

Zu meinem ersten Termin bei WAREMA in Marktheidenfeld waren ebenfalls lokale Vertreter der Agentur für Arbeit und der regionalen Jobcenter mit von der Partie. Nach einer kurzen Vorstellung der Firma durch Christian Endres (Geschäftsleitung Personal) folgte eine Führung durch das Unternehmen, bei der ich mit einem Praktikanten und einem Auszubildenden ins Gespräch gekommen bin. Anschließend sprach ich mit der Vorstandsvorsitzenden von WAREMA, Angelique Renkhoff-Mücke, über aktuelle Probleme wie die Gewinnung und Bindung von Arbeitskräften und die Probleme einer Vier-Tage-Woche in Industriebetrieben. Wir sprachen auch über den inklusiven Arbeitsmarkt, zu dem ich aktuell in meinem Bundestagsausschuss an einem neuen Gesetz arbeite.

Im Anschluss an diesen Termin gab es am Mittag eine interessante, presseöffentliche Gesprächsrunde im Bräustüble in Marktheidenfeld bestehend aus den



bereits genannten Vertretern von Bundesagentur für Arbeit und den lokalen Arbeitsagenturen sowie dem Marktheidenfelder Bürgermeister Thomas Stamm.

Am Nachmittag ging es für Vanessa Ahuja und mich weiter zum Elektrotechnik und Automatisierungsunternehmen WIRL in Kleinheubach. Ergänzt wurde unsere Runde hier durch den Bürgermeister von Kleinostheim Thomas Münig und lokalen Vertreterinnen der Agentur für Arbeit. Der Vorstellung des Betriebs durch Meike und Kai Wirl folgte eine Betriebsführung, bei der ich die Möglichkeit hatte, mit einem aus Syrien stammenden Mitarbeiter zu reden, der dort erst letztes Jahr seine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hatte (siehe Foto rechts).

Auch bei der Firma WIRL, einem im Vergleich zu WA-REMA kleinen Unternehmen, wurden uns ähnliche Probleme zugetragen. Besonders das Anwerben von neuen Auszubildenden ist in diesem Jahr eine große Herausforderung.



Einen ausführlichen Bericht zu unserem Besuch bei WAREMA gibt es im Main-Echo. Einfach Fotos oder das Symbol anklicken.



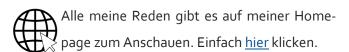


### **MEINE REDEN**

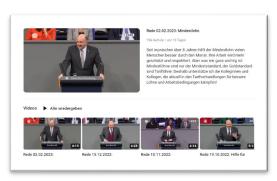
#### **IM PLENUM DES BUNDESTAGES**

Am 2. März habe ich im Deutschen Bundestag zum Mindestlohn gesprochen. Seit über acht Jahren hilft er vielen Menschen besser durch den Monat. Ihre Arbeit wird mehr geschätzt und respektiert. Aber was mir ganz wichtig ist: Mindestlöhne sind der unterste Mindeststandard, der Goldstandard sind Tariflöhne.

Am 17. März sprach ich über die selbstständige Existenzsicherung von Frauen. Frauen müssen immer die Möglichkeit haben, ökonomisch eigenständig in Sicherheit zu leben. Sie müssen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie Männer.



#### MEINE REDEN AUF YOUTUBE: ANKLICKEN!





### **POST**

#### SPITZEN-TREFFEN IN BERLIN

In Berlin habe ich mich Mitte März mit dem Chef von Deutscher Post und DHL Dr. Tobias Meyer, Ayfer Arayici (Betriebsratsvorsitzende am Standort Würzburg) und Michael Martin, dem stellvertretenden Niederlassungsleiter Würzburg, getroffen.

Ein großes Thema war natürlich die Einigung von Deutscher Post und der Gewerkschaft ver.di nach vier Verhandlungsrunden: Für die 160.000 Beschäftigten gibt es mehr Lohn (insbesondere für die unteren Einkommensgruppen) und die steuer- und abgabenfreie Inflations-Sonderzahlung von insgesamt 3.000 Euro, die die Bundesregierung den Unternehmen und Beschäftigten ermöglicht.

In dem Gespräch habe ich an die Post-Spitze auch meine Forderung nach einer Senkung der Gewichtsgrenzen für Pakete adressiert. Die aktuelle Grenze von 31,5 Kilogramm ist viel zu hoch und geht auf die Gesundheit der Beschäftigten.







### **MAGNA**

### 500 ARBEITSPLÄTZE IN GEFAHR

Der Autozulieferer Magna Mirrors GmbH & Co. KG in Dorfprozelten will bis Ende 2025 schließen. Knapp 500 Kolleginnen und Kollegen sollen ihren Arbeitsplatz trotz Transformationstarifvertrag verlieren. Das ist ein Vertrauensbruch. Am 24. März rief die IG Metall vor dem Werk in Dorfprozelten zu einer Kundgebung auf. Ich habe den betroffenen Kolleginnen und Kollegen und ihren Familien meine Solidarität ausgedrückt und Unterstützung angeboten.







## **BAHNLÄRM**

### MITMACHEN BEI DER PLANUNG

Die Belastung durch Schienenlärm ist ein Problem in unserer Region, auf das ich oft angesprochen werde. Bei der Überarbeitung der Lärmkartierung und des Lärmaktionsplanes können Bürgerinnen und Bürger nun mitwirken.

Die Lärmaktionsplanung des Eisenbahn-Bundesamtes sieht zwei Beteiligungsphasen vor. In der ersten Phase bis zum 24. April 2023 können die Teilnehmenden über eine interaktive Kartenanwendung einen Ort angeben, an dem sie sich durch Schienenverkehrslärm gestört fühlen. Das kann z.B. das eigene Zuhause sein, der Arbeitsplatz oder eine Freizeiteinrichtung. Zusätzlich können Aussagen zu fehlenden oder vorhandenen Lärmschutzmaßnahmen gemacht werden. Die zweite Beteiligungsphase findet Ende des Jahres 2023 statt. Dann können Bürgerinnen und Bürger den Entwurf des Lärmaktionsplanes bewerten und eine Rückmeldung zum Verfahren geben.



Weitere Informationen gibt es auf meiner Homepage oder direkt <u>hier</u>.





### **RENTE**

### **OST UND WEST ENDLICH GLEICH**

Mitte März habe ich mit der Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund, Gundula Roßbach, über deren gute Kassenlage gesprochen (siehe auch meinen Klartext im letzten Newsletter). Eine Woche später verkündete Hubertus Heil, dass 2023 die Renten um 4,39 Prozent (West) bzw. 5,86 Prozent (Ost) steigen, weil der Arbeitsmarkt gut da steht und die Löhne steigen. Nachdem 2022 die Renten um 5,35 Prozent im Westen und um 6,12 Prozent im Osten stiegen, schaffen wir mit der Rentenerhöhung 2023 endlich einen gleichen Rentenwert in Ost und West.



Bei der Sozialwahl werden die Vertreter der Selbstverwaltung in die Vertreterversammlung der Rentenversicherung gewählt. Diese gibt den Kurs der Rentenversicherung vor und entscheidet über die Verwendung von Beitragsgeldern.

Mach mit, stimme ab. Denn Deine Stimme zählt!



### **INTERVIEW**

#### **MIT DEM MAIN-ECHO**

Ende März hatte ich in meinem Wahlkreisbüro in Gemünden ein ausführliches Gespräch mit Bianca Löbbert vom Main-Echo über bundespolitischen Themen. Und auch Praktikant David, der in meinem Wahlkreisbüro mitarbeitet, hat aufmerksam zugehört. Aus den ursprünglich angesetzten 60 Minuten wurden letztlich fast zweieinhalb Stunden.

Ja, es gibt viel zu tun in diesen schnelllebigen Zeiten. Dass es für viele der bestehenden und zurückliegenden Herausforderungen häufig Zeit braucht bis Entscheidungen fallen, gehört mit zum Wesenskern unserer Demokratie. Denn die lebt vom politischen Streit, vom Sammeln und Hören von Argumenten, vom Abwägen, vom Ringen um Mehrheiten und letztlich vom Kompromiss.

Auch wenn das oft anstrengend, zeit- und kräfteraubend ist, bin ich froh in einer Demokratie leben zu können — mit all den Rechten, Freiheiten und sonstigen Vorzügen, auf die wir tagtäglich zurückgreifen können.





### **BKH LOHR**

#### IN DER BERUFSSCHULE KARLSTADT

Anfang März war ich zusammen mit Mitgliedern der SPD Main-Spessart im Bezirkskrankenhaus (BKH) Lohr, mit dabei auch die stellvertretende Landrätin und Landtagskandidatin Pamela Nembach sowie Bezirkstagskandidat Stefan Rümmer.

Schon seit Jahren gehört das BKH Lohr als Fachklinik für Diagnostik und Behandlung psychischer Erkrankungen zu den Top-Krankenhäusern Deutschlands. Im vergangenen Jahr gab es die Auszeichnung als "Nationale Fachklinik Depression". Wie wichtig die Arbeit ist, zeigen die Zahlen: Schon jetzt werden jährlich 20.000 Patientinnen und Patienten behandelt, die Auslastung beträgt über 100 Prozent. Gut, dass heuer der Neubau der Gerontopsychatrie starten kann, denn auch hier sind die Zahlen in den letzten Jahren stark gestiegen. Nicht zuletzt zählt das BKH mit rund 1.300 Beschäftigten zu einem der größten Arbeitgeber der Region.

Herzlichen Dank für den freundlichen Empfang und die vielen Informationen an Krankenhausdirektor Bernd Ruß (Bild: 1. Reihe Mitte) sowie Pflegedirektorin Marianne Schaffarczik und den Ärztlichen Direktor Prof. Dr. Dominikus Bönsch.



### SPD-BEZIRK

#### VORSTAND TAGTE IN HASSFURT

Der SPD-Bezirksvorstand Unterfranken tagte Mitte März in Haßfurt. Neben der Vorbereitung der anstehenden Landtags- und Bezirkswahlen stand der Besuch bei den Stadtwerken Haßfurt auf dem Programm.

Thema waren die Veränderungen im Energiesektor und hier vor allem die Wasserstofftechnik in Zeiten der Energiekrise. Danach gab es eine spannende Vorstellung der GUT (Gesellschaft zur Umsetzung erneuerbarer Technologieprojekte im Landkreis Haßberge mbH), die seit vielen Jahren ein Pionier in Energiefragen ist.

Der Austausch hat einmal mehr gezeigt: Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen ist das A und O. Die Energiewende kann nur gelingen, wenn sie auch sozial gestaltet wird. Dafür steht die SPD.



### TAGESAKTUELL (INFORMIERT:



facebook.com/BerndRuetzelMdB instagram.com/bernd\_ruetzel bernd-ruetzel.de



### **KURZ & KNAPP**

### WEITERE TERMINE IM MÄRZ



Anfang März traf ich die Chefin der Bundesagentur für Arbeit, die ehemalige Bundes- und Fraktionsvorsitzende der SPD und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles in ihrem Büro in Nürnberg. Wir sprachen über den Arbeitsmarkt und die Herausforderungen der Zukunft.



25 Jahre Kommunalunternehmen im Landkreis Würzburg: eine Erfolgsgeschichte vor allem wegen Prof. Dr. Alexander Schraml, der auf dem Festakt die Leitung (und seine rote Fliege) an Eva von Vietinghoff-Scheel übergab.



"Ein Mann ist keine Altersvorsorge!": eine ganz tolle (Hybrid-)Veranstaltung am Weltfrauentag. Helma Sick begeisterte die zahlreichen Gäste im Raiffeisenforum in Lohr. Veranstalter war der SPD-Ortsverein Partenstein mit der Vorsitzenden Birgitta Steigerwald.



Mitte März war ich Gast auf der Juso Bezirkskonferenz Unterfranken in Würzburg. Herzlichen Glückwunsch an Annika Küspert und Jacob Syndikus zur Wahl zur/m Vorsitzende/n.

### TAGESAKTUELL INFORMIERT:

facebook.com/BerndRuetzelMdB instagram.com/bernd\_ruetzel youtube.com/@berndrutzelmdb1037 bernd-ruetzel.de



### **GASTBEITRAG**

#### **VON MDL MARTINA FEHLNER**



Landtagsabgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Mehr als ein Jahr nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs dauern die Gefechte in der Ukraine mit ungebremster Grausamkeit an. Das Sterben, es ist zwischen Charkiw und Cherson zum alltäglichen Begleiter geworden. Im ganzen Land Bombardierungen, Ausharren in Luftschutzkellern, Wohnen ohne Strom und in ständiger Angst vor dem, was kommen mag. Das Leid, das die Menschen in der Ukraine ertragen müssen – für uns kaum vorstellbar.

Der Krieg hat alles verändert. Auch für uns in Europa. Das spüren wir täglich. Putins imperialistisches Kalkül ist jedoch nicht aufgegangen: Die Ukraine ist standhaft geblieben. Europa steht vereint an der Seite des Nachbarlandes. Der Westen spricht mit einer Stimme: gewaltsame Grenzverschiebungen – nicht mit uns! Die gesamte Weltgemeinschaft verurteilt diesen Krieg mit großer Mehrheit. Erst vor kurzem haben 141 von 193 Staaten in einer UN-Resolution den Rückzug Russlands gefordert.

Wie aber lässt sich dieser Krieg beenden? Tragfähige Antworten darauf gibt es leider nicht, auch für diplomatische Initiativen scheint derzeit wenig Raum. Deshalb ist es richtig, der Ukraine die Hilfe zu geben, die sie braucht, um sich gegen diesen völkerrechtswidrigen Angriff auf ihr Territorium zu verteidigen. Vor allem aber muss alles dafür getan werden, um einen Weg zum Frieden zu finden.

Kriege, Armut, menschenverachtende Diktaturen: An Problemen auf dieser Welt mangelt es zurzeit wahrlich nicht. Deshalb kommen auch wieder sehr viele Geflüchtete etwa aus Syrien, Afghanistan oder der Türkei in unser Land. Das aber stellt unsere Kommunen vor gewaltige Herausforderungen: Es mangelt an Wohnraum, an Kita-Plätzen, an Deutschkursen, an Ärztinnen, Sozialpädagogen, und, und, und... Immer mehr Kommunen stoßen an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit – organisatorisch wie finanziell. Bund und Länder müssen hier dringend mehr Unterstützung leisten. Unsere Städte und Gemeinden müssen ihren grundlegend wichtigen Aufgaben, der Daseinsvorsorge, in der Praxis auch nachkommen können. Wenn das nicht mehr gegeben ist, besteht die Gefahr, dass Integration scheitert.

Für das Gelingen von Integration ist es aber auch wichtig, dass die Menschen, die zu uns kommen, einfacher in Arbeit kommen: Bürokratieabbau lautet das Stichwort. Wer arbeiten will, soll auch arbeiten dürfen. Jene hingegen, die keinen Anspruch auf einen rechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland haben, müssen mit der Kraft des Gesetzes konsequent zurückgeführt werden. Nur so kann die Akzeptanz dieser großen demographischen und gesellschaftlichen Herausforderung künftig gesichert werden. Auch in Bayern.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg Tel: 06021 22244|Fax: 06021 451604 buergerbuero@martina-fehlner.de